

## Vortrag Prof. Dr. Stephan Beetz: „Was tun – damit Dörfer eine Chance haben?“

---

Es liegt im Unterton des Tagungstitels und des Vortragstitels eine gewisse Spannung: Klingt ersteres nach dynamischem Aufschwung, so letzteres fast nach Rettungsversuch. Ich werde also eher nüchtern und provokativ argumentieren und trotzdem die Chancen des Landlebens heraustreichen.

Keine Zahlen, sondern einige **Grundaussagen zu Trends im ländlichen Raum**, die sich aus langjähriger Arbeit in mehreren Forschungsprojekten ergeben:

- Die gegenwärtige Auseinandersetzung mit der demographischen Entwicklung ist wichtig, aber sie erklärt nur einen kleinen, wenngleich sehr sichtbaren Teil der Entwicklung ländlicher Räume.
- Ländliche Räume erfahren widersprüchliche Entwicklungen: einerseits Rationalisierungsprozesse in der Landwirtschaft, Deindustrialisierung und Zentralisierung von Infrastruktur, andererseits verstärkte Nachfrage nach natürlichen Ressourcen (Ernährung, Wasser, Luft, Energie), Freizeitgestaltung, Wohn- und Lebensqualität.
- Im globalen Wandel sind die Besonderheiten des ländlichen Raumes oft nachrangig und bergen teilweise riskante Dynamiken: z.B. die internationale Angleichung der Dienstleistungen, die europäische Vereinheitlichung von Regulierungsverfahren, der globale Wettbewerb von Wirtschaftszentren.
- Es gibt im europäischen Maßstab eine Reihe von ähnlich verlaufenden Entwicklungen in ländlichen und altindustriellen Räumen. Trotzdem ist eine direkte Vergleichbarkeit sehr schwierig, weil unterschiedliche Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen bestehen.

Besonderheiten der sächsischen ländlichen Räume sind meines Erachtens z.B. die massive Deindustrialisierung, die hohe Besiedlungsdichte und die zentrale geographische Lage. Während in den vergangenen Jahren der blockierte Arbeitsmarkt die Abwanderung bestimmte, wird es zukünftig stärker die Attraktivität der Lebensbedingungen insgesamt sein, die Wanderungsentscheidungen Junger beeinflusst. Die hohe Bildungs- und Aufstiegsorientierung in der Bevölkerung bietet zwar ein Potential, führt aber auch zu hoher Frustration und Abwanderung, wenn die Realisierung entsprechender Lebensvorstellungen nicht möglich ist.

- Es entstehen auch innerhalb von Regionen und Gemeinden ungleich(zeitig)e räumliche Entwicklungen, die einen machen mit, die anderen fühlen sich außen vor.
- Es herrscht ein kommunaler und regionaler (Pseudo-)Wettbewerb: Rankings, Konkurrenz um Einwohner und Unternehmen. Gemeinden sind aber keine wirklichen Unternehmen, denn sie können ihre Produktpalette nicht einfach verändern, sie können weder ihre Bewohner austauschen noch sich ihre Aufgaben aussuchen.
- Die Entwicklungen und Chancen ländlicher Räume beruhen nicht nur auf deren „Bedingungen“, sondern auch auf öffentlichen Diskursen, d.h. wie sie in der Politik und Gesellschaft wahrgenommen, diskutiert, bewertet und behandelt werden.  
Bsp. eher Außenperspektive: Landflucht, Zusammenspiel von Binnen/Außenperspektive: Sichtbarkeit von Jugend

Eine Veranstaltung wie diese ist wichtig:

Besonders gefordert sind die **Akteure vor Ort** – wie eben Kommunalvertreter und Regionalmanager (mit ihren durchaus unterschiedlichen Interessenlagen), denn kleine Kommunen geraten unter den gegenwärtigen Anforderungen und Bedingungen schnell in eine Blockade ihrer Handlungsfähigkeit. Doch kommunale Akteure können entscheidende Weichenstellungen vornehmen, z. B. im Sinne präventiver Interventionen durch die

Förderung sportiver oder beschäftigungsorientierter Maßnahmen die Verringerung sozialer Unterstützungsleistungen anstreben.

Die **gegenwärtige Diskussion** könnte man so zuspitzen: Chancen für das Land *ja* (Landnutzung, Landwirtschaft, Landschaftsschutz), für die Dörfer *nein* (die Siedlungen und die Menschen).

Damit ist gemeint, dass wesentliche Tendenzen der Landnutzung möglicherweise mit denjenigen Menschen, die heute in den Dörfern leben, recht wenig zu tun haben:

A. Es entwickeln sich (oft hoch-)spezialisierte Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe, die infrastrukturell und sozial teilweise in die Kommunen eingebunden sind, aber ökonomisch „entbettet“, bei denen die Gefahr besteht, dass sie bei Erfolg abwandern (z.B. wegen Arbeitskräften).

B. Es gibt eine intensiv und rationell betriebene Landwirtschaft, hinzu kommen extensiv genutzte Flächen nachwachsender Rohstoffe, Experimentierfelder neuer Technologien. Einerseits kann von einer langfristigen Ressourcennachfrage ausgegangen werden, andererseits besteht eine starke Abhängigkeit von globalen Märkten.

C. Gerade in abgelegenen Orten finden sich “Brachen der Kreativität”, denn der Rückzug der Landwirtschaft bei geringen Bodenwerten, die Deindustrialisierung, militärische Konversion und der Bevölkerungsrückgang reizen zu neuen Nutzungen.

- Es entstehen neue touristische Landschaften, Reservate der Wildnis, Rekreation
- Nischen alternativer Lebensformen.
- Erhalt kulturellen Erbes
- Bereitstellung kollektiver Güter (Luft, Wasser)

So werden unterschiedliche Perspektiven diskutiert:

- Hochgradig effiziente Landwirtschaft mit wenigen Siedlungen (Farmersystem)
- Entleerung als planvoller Rückzug
- Wertschätzung von Ländlichkeit (Wohnen, Freizeitgestaltung, Naturbezug, Sicherheit, Nachbarschaft)
- Temporäre Nutzungen (Zweitwohnsitze, Ausflugstourismus)

Die Untersuchungen zeigen aber: **Es geht nicht ohne die Menschen.** Es gibt kein Land ohne aktive Dörfer.

Zentrale Fragen für die Chancen der Dörfer können in diesem Zusammenhang sein, inwieweit

- sie die Wertschöpfung für sich reklamieren können oder diese abfließt (z.B. Windkraftanlagen)
- sie nicht nur auf die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auf die Lebensqualität insgesamt achten, Nahversorgung in einer alternden Gesellschaft
- sie auch in großem Umfang Qualifizierung unterstützen
- sie Offenheit gegenüber den Entwicklungsmöglichkeiten zeigen

Eigene Position zum Entleerungsthema – dem Land ohne Menschen (wie es immer wieder in den Medien zu finden ist und leider auch von einigen Politikern vertreten wird):

- Es wird in absehbarer Zeit keine leeren ländlichen Räume, aber schrumpfende ländliche Gemeinden geben.
- Individuelle Chancengleichheit kann nicht von regionalen Entwicklungen losgelöst werden, denn Daseinsvorsorge ist überwiegend ein kollektives Gut.
- Die gesellschaftlichen und privaten Folgen einer „passiven Sanierung“ werden in der Diskussion kaum thematisiert. Subventionen für eine „Restbevölkerung“ führen zu hohen Kosten.

- Es kann zu einer konfliktreichen und demokratiefeindlichen Besetzung von Räumen kommen.
- Am wichtigsten aber: Das politische Signal der Entleerung lähmt die eigentlich erforderlichen zivilgesellschaftlichen Kräfte.

Von Seiten der ostdeutschen Landesregierungen weht(e) den Dörfern ein scharfer Wind entgegen: die Zentralisierung von Infrastruktur und Verwaltung

- betriebswirtschaftlich und aus regionaler Sicht gesehen oft erstrebenswert, entzieht es Ressourcen und Kompetenzen vor Ort, schafft Transport- und Koordinierungskosten
- in sehr dünn besiedelten Räumen kommt es zur Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit und zu vergrößerten Einzugsbereichen, d.h. Mobilität und Folgekosten nehmen zu.
- These: der ländliche Raum lässt sich nicht zentral verwalten, er bedarf der Aktivitäten vor Ort, aber keine Ideologie „small is beautiful“
- Zentralisierungen müssen lokal eingebunden sein, in der Regel erweisen sich Kooperationen als vorteilhafter

Konzentrationen können ein Weg sein, dürfen aber nicht zu einer Ideologie werden. Das zeigen drei Beispiele aus Untersuchungen:

- Gemeinsamer Kirchengang aus mehreren Dörfern kann zu einem neuen Erlebnis von kirchlicher Gemeinschaft führen, was wird aber aus der Kirche im Dorf?
- Wurde früher der Friedhof oder die Dorfstraße in Eigenleistung gepflegt, das Dorf aber mit seinen Steuern und Umlagen in eine größere Stadt eingemeindet, liegt dann auch die Verantwortung dort?
- Wenn nun Aktivitäten der Jugend- und Kulturarbeit an Ganztagschulen angestrebt werden, stirbt dann der dörfliche Sportverein?

Hinter den fiskalischen (und so genannten demographischen) Ursachen der Konzentration stecken oft sehr grundlegende Konflikte, z.B.:

- zwischen zunehmender beruflicher Spezialisierung, aufgespalten in viele Bereiche, vs. breiter Eigenverantwortung vor Ort
- einerseits hängen die Probleme vor Ort unweigerlich zusammen, andererseits befinden sich die Verwaltungen in unterschiedlichen fachlichen Zuständigkeiten (andere Rahmenbedingungen)
- die stark auf Generalisierung bedachte Politik („überall gleich“) vs. die räumlichen Besonderheiten einer dichten/dünnen Besiedlung
- der Erhalt von alten Strukturen vs. der Umbau einer auf „Masse“ (fordistischer Wohlstand) ausgerichteten Infrastruktur.

Es entstehen neue Anforderungen an Infrastrukturen, die nicht unmittelbar aus den stets diskutierten demographischen Veränderungen abzuleiten sind. Hierbei „Mindeststandards“ bestimmen zu wollen, ist zu defensiv. Statt dessen ist die **Verantwortung vor Ort** zu stärken:

- Es sind politische Aussagen und Regelungen zu treffen, welche Prioritäten in den Aufgaben gesetzt werden. Bildung und medizinische Versorgung werden zumeist als wichtige Bereiche angesehen, die unter veränderten Bedingungen in vergleichbarer Qualität zu erhalten sind.
- Für die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen ist die Gewährleistung von Qualität und Professionalität in Schlüsselbereichen notwendig (Bildung, Gesundheit).
- Die Stärke ländlicher Gemeinden wird in der traditionellen Selbstorganisationsfähigkeit des Dorfes gesehen, die z.B. zukünftig die Energieversorgung, soziale Betreuungen oder Mobilitätsleistungen entlegener Orte sichern kann. Beispiele für Nonprofit- oder

Förderorganisationen existieren bei der Erhaltung von Schulen, bei dezentralen Energie- und Entsorgungssystemen, im Einzelhandel, in der Produktvermarktung oder in Weiterbildungseinrichtungen.

- Daseinsvorsorge sollte nicht in streng geschiedene Infrastruktursektoren (z.B. Bahn, ÖPNV, Straßen, Radwege) und einer entsprechen hohen Zahl von Trägern, Gesetzen/Verordnungen und Planungen, sondern in abgestuften Funktionsweisen für die Bevölkerung gedacht werden.
- Infrastruktur soll Menschen im ländlichen Raum den Zugang zu Dienstleistungen und Erwerbstätigkeit ermöglichen (z.B. Einkaufen über Dorfläden, Versand, E-Kommerz, Mobil). Sie soll ihnen zudem die Kompetenz vermitteln, das tun zu können (z.B. Ansprechpartner/„Kümmerer“, Kurse, Bildung). Schließlich sollte eine Unterstützung für diejenigen angestrebt werden, deren Kompetenzen und Ressourcen stark eingeschränkt sind (z.B. wohnortnahe Dienste: Pflege).
- Mit der Verlagerung von Infrastrukturen sinkt nicht nur die Lebensqualität, sondern auch ein Wirtschaftsbereich, der eine erhebliche Wertschöpfung in der Region darstellt/darstellen könnte.
- Bei aller Forderung nach Deregulierung bleibt eine Gewährleistungspflicht der öffentlichen Hand bestehen.

In Modellvorhaben zur ländlichen Infrastrukturentwicklung sind einige grundlegende Aussagen hinsichtlich von **Lösungsansätzen in der Infrastrukturentwicklung** deutlich geworden (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Rosinak & Partner 2005):

- Notwendig sind Kooperationen zwischen einzelnen Sektoren, zwischen grundständiger Daseinsvorsorge und spezifischen Dienstleistungen, zwischen öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Trägern, lokalen und überregionalen Angeboten.
- Viele Lösungen erfordern Multifunktionalität, indem verschiedene Aufgabenbereiche lokal zusammengeführt und von entsprechend qualifiziertem Personal bearbeitet werden, z.B. in Dorfzentren oder Nachbarschaftsläden.
- Die geringe Nachfragedichte erfordert ein hohes Maß an Abstimmung zwischen den Konzepten: Um wichtige Aufgaben der Grundversorgung zusammen zu fassen, werden medizinische Dienste, kulturelle Angebote und Einzelhandel in Schulorten angesiedelt. Dies erfordert wiederum entsprechende Mobilitätssysteme.
- Wenn stärker polyzentrale oder mobile Versorgungsleistungen (z.B. ärztliche Zweigpraxen, Markttag) angestrebt werden, müssen Zugang, Angebotsbreite und Qualität berücksichtigt werden. Dienstleistungen, die auf Telekommunikation beruhen, können lokale Angebote ergänzen, aber auch in Konkurrenz treten. Kostenaspekte spielen zwar für neue Lösungsansätze eine große Rolle. Berücksichtigt man potenzielle Einsparungen und unterschiedliche Kostenträger, sind jedoch kaum generalisierte Aussagen zu treffen.

Nicht nur Last, sondern auch Lust an neuen Handlungsfeldern?

In vielen ländlichen Kommunen werden Chancen offensiv wahrgenommen, aber es gibt auch deutlich sichtbare Schwellen. Diese bestehen nicht nur aus den Kommunalfinzen, sondern vor allem aus den so genannten „weichen“ Faktoren (Investitionen in Köpfe, nicht nur in Straßen) :

#### **A. Trotz „verbauter“ Chancen nach neuen Lösungen suchen**

- Handlungsspielräume sind zu suchen, auch wenn die Kommunen teilweise durch Investitionen (und entsprechenden) Schuldendienste vergangener Jahre festgelegt sind
- Politischer Einfluss ist auf die Träger der Daseinsvorsorge zu nehmen, wenn diese an ihren betriebswirtschaftlichen Interessen festhalten, auch wenn für die Allgemeinheit bessere Lösungen möglich sind, was besonders bei Monopolstellungen ein Problem ist.

Dies ist nicht einfach, weil die Akteure eng miteinander verflochten sind und oft nur ein Anbieter auf dem Markt agiert

### **B. Lösungen vor Ort suchen, denn eine Übertragung von Erfahrungen aus anderen Kommunen und Regionen ist nicht ohne Weiteres möglich.**

- Die fachlichen Aspekte sind allein nicht ausreichend, es ist stets eine Abstimmung auf den regionalen Bezug, die Aktivierung von brachliegenden Potenzialen und die problembezogene Schwerpunktsetzung notwendig, nicht alle Pfade gleichzeitig einzuschlagen.
- Der Offenheit für neue Wege, Strategien, Möglichkeiten steht vielerorts ein Diskurs entgegen, der von der „Rhetorik des Verlustes“ getragen wird. Gleichzeitig wird an alten politischen Handlungsstrategien wie der Wirtschafts- und Verkehrsinfrastrukturförderung festgehalten. Oder es stehen überzogene Hoffnungen, festgelegte Entwicklungspfade dem gegenüber.
- Neues entsteht vor allem dort, wo lokale und überregionale Bindungen als gemeinsames Handlungsfeld gesehen werden. Dazu sind sowohl Beziehungen nach außen (z.B. die Zusammenarbeit mit Hochschuleinrichtungen, überregionale kommunale Zusammenarbeit), aber auch die Förderung lokaler Identität und Kreisläufe erforderlich.

### **C. Soziale Differenzierung innerhalb der Bevölkerung beachten, Politik muss integrierend bleiben**

- Innerhalb der Bevölkerung und zwischen Dörfern einer Region verlaufen Grenzen zwischen Verlierern und Gewinnern, Spaltungen in relativ stabile und eher ausgeschlossene Gruppen. Von denen haben letztere zwar noch an der Grundversorgung, aber kaum an Entwicklungschancen teil.
- In nicht wenigen Dörfern leben inzwischen überwiegend temporär Zuziehende und Zweitwohnsitzende. Darauf muss sich kommunale Politik einstellen, indem sie die Humanressourcen der Zuziehenden nutzt und sich ihren spezifischen Bedürfnissen nach Grundversorgung öffnet: Konflikte um Kindertagesstätten oder Schulen zeigen, wie unterschiedlich die Bedarfe ausfallen können.

### **D. Kooperation zwischen Gemeinden bleibt ein wichtiges Dauerthema**

- Die kleinräumlichen Ungleichheiten zwischen Gemeinden und Ortsteilen, die ja teils aus der DDR rühren, teils nach der Wende entstanden sind, sollten nicht durch weitere Konkurrenzen fortgeschrieben werden. Statt dessen ist eine planvolle Entwicklung in den Siedlungsstrukturen auf Gemeindeebene nötig (z.B. Innenraumentwicklung).
- Erforderlich ist ein Umgang mit fein gegliederten räumlichen und sozialstrukturellen Entwicklungen, die nicht mit gängigen Planungskategorien wie Kernstädte, suburbane und periphere Räume identisch sind, sondern eine sehr vielfältige Lebenswirklichkeit abbilden.
- Kleinteilige Verteilungskämpfe verhindern Mehrwert, geballte Kräfte im ländlichen Raum, ohne die dieser weniger Chancen besitzt. Viele Lösungen laufen nur auf eine Abwägung von Einzelinteressen in den Kommunen hinaus. Gemeindezusammenlegungen lösen das Problem der Kooperation meist nur längerfristig oder gar nicht.
- Regionale Akteure sind oft schwach organisiert und ausgestattet. Doch regional ausgerichtete Steuerungsformen, die nicht unbedingt deckungsgleich mit Verwaltungsstrukturen sind, können die Konkurrenz zwischen den Dörfern - mit ihren sehr unterschiedlichen Entwicklungsoptionen - aufbrechen.

### **E. Stark wandelnde Handlungsfelder erfordern Kommunikation:**

- Ein erster Wechsel fand in der politischen Steuerung vor einigen Jahrzehnten vom traditionellen (lokal ausgerichteten, hierarchischen, erhaltenden) zum technologischen (funktional-sektoralen, auf Wirtschafts- und Siedlungswachstum angelegten) Stil statt. Gegenwärtig ist ein erneuter Wechsel zu verzeichnen, nun stärker integrativ und kommunikativ (auf regionale Identität und Vernetzung) ausgerichtet.
- Kommunale Politik benötigt dringend bürgerschaftliches Engagement, das erfordert aber auch Ermutigung, - kritische – Teilhabe und Anerkennung. Besonders die so genannten jungen Alten und kleinere Unternehmen bilden ein Potential.
- Die Kulturen des zivilgesellschaftlichen und kommunalen Engagements sind regional und lokal sehr unterschiedlich entwickelt: es bestehen unterschiedliche Traditionen, sich in die kommunale Politik auch einzubringen (z.B. Wasser/Abwasser selbst zu organisieren).
- Moderatoren, soweit sie sich auf die regionalen Gegebenheiten einlassen und ihre Eigeninteressen nicht vorherrschen, können Blockaden in den Gemeinden auflösen helfen.
- Entwicklung verlangt gerade in ländlichen Regionen den überregionalen Austausch und die Netzwerkbildung, den Umgang mit Fehlschlägen und Konflikten sowie die Auseinandersetzung mit verkrusteten Strukturen. Örtliche Initiativgruppen und Experten von außen (Berater, Moderatoren, community entrepreneurs) können Entwicklungen anstoßen und begleiten.

### **F. Neue Lösungsansätze erfordern ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz sowohl in den kommunalen Verwaltungen als auch bei lokalen Akteuren.**

- Die Entscheidung für innovative Konzepte setzt eine verantwortungsvolle und fachlich abgestimmte Vorgehensweise voraus, in der Umsetzung sind zusätzliche bzw. veränderte Qualifikationen notwendig (z.B. beim jahrgangsübergreifenden Unterricht). Jugendarbeit lässt sich dauerhaft nicht über ABM-Stellen oder Ein-Euro-Jobs finanzieren, die Aufwertung der frühkindlichen Erziehung muss auch honoriert werden.
- Viele ländliche, insbesondere periphere Kommunen sehen sich aufgrund geringer Personaldecke überfordert, innovative Lösungsansätze zu wählen und umzusetzen. Sie sind zwar engagiert, können sich aber nicht permanent fortbilden und neu einarbeiten.
- Engagierte, gerade auch junge Menschen sind zu unterstützen (entgegen der Neiddebatte). Es fehlt nicht - wie gelegentlich behauptet - das notwendige Wissen, Engagement und Unternehmertum in ländlichen Regionen. Vielmehr besteht die Schwierigkeit, es zu mobilisieren.
- Informationen versickern in der Fläche. Deshalb sind Zugänge für die Akteure vor Ort zu schaffen. Analog den barrierefreien Homepages müsste es eine entsprechend aufgearbeitete „akteursorientierte“ Informationspolitik geben.

### **G. Die Chancen sind nicht in den Kommunen allein zu realisieren, es müssen Impulse in die öffentliche Diskussion gegeben werden:**

- „Genervt“ ist die Politik von der Rede vom „gefährdeten“ ländlichen Raum, von der „Rhetorik des Verlustes“, bessere Argumente sind gefragt.
- Zu vermitteln ist, wenn auch schwer: Schrumpfende und stagnierende Entwicklungen sind nicht Eigenschaften bestimmter geographischer oder politischer Räume, sondern Auswirkungen u.a. von politischen Entscheidungen. Erforderlich ist der Umbau von Förder- und Verwaltungsstrukturen, nicht ein Abschreiben von Regionen.
- Wertschöpfung hängt mit der Bewertung von Leistungen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft zusammen, dass betrifft eben auch die Wertschätzung von eher ländlichen Funktionen wie Rohstoff- und Energieproduktion, ökologische Ausgleichsräume, als Wohn-, Gesundheits- und Freizeitorte etc..

- Die Bewohner und politischen Vertreter ländlicher Räume sind zu ermutigen, sich offensiver für ihre Belange einzusetzen und aktiver an den Veränderungen in der Gesellschaft zu partizipieren.
- Eine Konzentration von Förderstrategien auf Wachstums- und Metropolregionen allein wird nur geringe Ausstrahlungseffekte in ländliche Regionen zeigen.
- Land und Bund sollten eine räumlich differenzierte Politik entwickeln („spatial mainstreaming“), die sich an internationalen Maßstäben orientiert (für den ländlichen Raum z.B. Deklaration von Cork, OECD). Das kann z.B. in Form von Zielvorgaben und Monitoring, Interministeriellen Arbeitsgruppen und der Unterstützung sozialer Bewegungen geschehen.
- Auf Ebene der Europäischen Union sollte die Kohäsionspolitik weiter entwickelt werden und die Vereinheitlichung von Politik und Verwaltung darf nicht zu Ungunsten von kleinräumigen Verhältnissen ausfallen.

Zusammenfassend: Den Akteuren vor Ort kommt für die Chancen der Dörfer ein großes Gewicht zu: Politik und Wissenschaft können sie dabei unterstützen, aber die Verantwortung liegt in erster Linie bei ihnen.

Hochschule Mittweida, auch der Fachbereich Soziale Arbeit, sieht sich in der Region, Wunsch nach Kooperationen mit Kommunen:

- Soziale Arbeit ist in den peripherisierten Regionen wenig „sexy“, es geht eher um Wirtschaftsförderung und Attraktivität
- Neues Paradox, wirtschaftlicher Aufschwung, aber eine polarisierte Gesellschaft, im Gegensatz zur Großstadtregion wird dies im ländlichen Raum Probleme schaffen, weil: angewiesen auf endogenes Potential, soziale Überschaubarkeit, Nutzung der gleichen Infrastruktur

# Was tun – damit Dörfer eine Chance haben?

**Prof. Dr. Stephan Beetz**  
**Börtewitz, 27. Mai 2009**

- A. Trotz „verbauter“ Chancen nach neuen Lösungen suchen.**
- B. Lösungen vor Ort suchen, denn eine Übertragung von Erfahrungen aus anderen Kommunen und Regionen ist nicht ohne Weiteres möglich.**
- C. Soziale Differenzierung innerhalb der Bevölkerung beachten, Politik muss integrierend bleiben.**
- D. Kooperation zwischen Gemeinden bleibt ein wichtiges Dauerthema.**
- E. Stark wandelnde Handlungsfelder erfordern Kommunikation.**
- F. Neue Lösungsansätze erfordern ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz sowohl in den kommunalen Verwaltungen als auch bei lokalen Akteuren.**
- G. Die Chancen sind nicht in den Kommunen allein zu realisieren, es müssen Impulse in die öffentliche Diskussion gegeben werden.**

**Kontakt:**

**Internetadresse: <http://www.htwm.de/sa/>**

**Mailadresse: [beetz@htwm.de](mailto:beetz@htwm.de)**